

Der Aufstieg als Niedergang? Eine Analyse der Öffentlichkeitsprozesse rund um politische Frauenzeitschriften in Kaiserreich und Weimarer Republik

Susanne Kinnebrock

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Kinnebrock, Susanne. 2017. "Der Aufstieg als Niedergang? Eine Analyse der Öffentlichkeitsprozesse rund um politische Frauenzeitschriften in Kaiserreich und Weimarer Republik." In Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse: theoretische Perspektiven und empirische Befunde, edited by Elisabeth Klaus and Ricarda Drüeke, 79–99. Bielefeld: transcript.
<https://doi.org/10.14361/9783839430491>.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/>



Elisabeth Klaus, Ricarda Drüeke (Hg.)
Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse

Editorial

Die Reihe »Critical Studies in Media and Communication« (bis September 2015: »Critical Media Studies«) unterzieht Medien, Kommunikation und Öffentlichkeit einer kritischen Gesellschaftsanalyse. Dies umfasst Studien, die soziale Praktiken, Kommunikations- und Alltagskulturen aus aktueller wie historischer, sozial- wie kulturwissenschaftlicher Perspektive analysieren.

Die Beiträge der Reihe verdeutlichen, wie Gender, Race und Class als relevante Dimensionen gesellschaftlicher Ungleichheit und sozialer Positionierung in globalisierten Medienkulturen wirksam – zugleich aber auch unterlaufen – werden.

Die Reihe wird herausgegeben von Elke Grittmann, Elisabeth Klaus, Margreth Lünenborg, Jutta Röser, Tanja Thomas und Ulla Wischermann.

ELISABETH KLAUS, RICARDA DRÜEKE (HG.)

Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse

Theoretische Perspektiven und empirische Befunde

[transcript]

Gefördert durch Universität Salzburg und Stiftungs- und Förderungsgesellschaft der Universität Salzburg



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2017 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Satz: Brigitte Geiger, Wien

Printed in Germany

Print-ISBN 978-3-8376-3049-7

PDF-ISBN 978-3-8394-3049-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

Inhalt

Einleitung: Zur Aktualität des Drei-Ebenen-Modells von Öffentlichkeit

Ricarda Drüeke und Elisabeth Klaus | 7

I. GRUNDLAGEN

Öffentlichkeit als gesellschaftlicher Selbstverständigungsprozess und das Drei-Ebenen-Modell von Öffentlichkeit.

Rückblick und Ausblick

Elisabeth Klaus | 17

Politische Kommunikationsräume im Internet

Ricarda Drüeke | 39

II. FRAUENBEWEGUNGEN UND FEMINISTISCHE ÖFFENTLICHKEITEN

Zur öffentlichen Wirksamkeit der deutschen historischen Frauenbewegungen um 1900 – Die Interaktion von Öffentlichkeiten

Ulla Wischermann | 63

Der Aufstieg als Niedergang? Eine Analyse der Öffentlichkeitsprozesse rund um politische Frauenzeitschriften in Kaiserreich und Weimarer Republik

Susanne Kinnebrock | 79

Internetöffentlichkeiten und Gender Studies: Von den Rändern in das Zentrum?

Elisabeth Klaus und Ricarda Drüeke | 101

III. POLITISCHES, ÖFFENTLICHES UND PERSÖNLICHES IM INTERNET

Mit welchen Öffentlichkeiten kommunizieren Politikerinnen? Eine vergleichende Netzwerkanalyse von Social-Media-Auftritten

Veronika Fagerer | 129

**Von kleinen Gesprächen zu großen Öffentlichkeiten?
Zur Dynamik und Theorie von Öffentlichkeiten in sozialen Medien**
Christian Katzenbach | 151

**Zwischen Öffentlichem und Privatem:
alltägliche Kommunikationsprozesse im Kontext sozialer Medien**
Stefan Fey | 175

IV. MEHR-EBENEN-MODELLE UND ÖFFENTLICHKEITSTHEORIEN

**Ebenen der Partizipation in der Auflösung? Das Drei-Ebenen-Modell
und Ansätze partizipatorischer Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter**
Jeffrey Wimmer | 197

**Das Mehr-Ebenen-Modell und die Habermas'sche Öffentlichkeitstheorie.
Erweiterung, Ergänzung, Probleme**
Boris Romahn | 217

**Öffentlichkeiten aus österreichischer Perspektive.
Ein Forschungsüberblick unter Berücksichtigung des
Drei-Ebenen-Modells von Öffentlichkeit**
Martina Thiele | 239

V. DISKURSIVE SCHNITTSTELLEN: KUNST, SPRACHE, ZEIT

**Künstlerische Interventionen und gesellschaftliche
Aushandlungsprozesse: Das Drei-Ebenen-Modell von Öffentlichkeit
in künstlerisch-educativen Kontexten**
Elke Zobl | 265

**Öffentlichkeit und Diskurs: Zur Relevanz von Sprache für die
Konstituierung von Öffentlichkeiten**
Susanne Kirchhoff | 295

Zur Veränderung von Öffentlichkeit(en) in den digitalen Netzen
Thomas Steinmaurer | 319

Verzeichnis der Autor_innen | 335

Der Aufstieg als Niedergang? Eine Analyse der Öffentlichkeitsprozesse rund um politische Frauenzeitschriften in Kaiserreich und Weimarer Republik

SUSANNE KINNEBROCK

1 HINFÜHRUNG: ÖFFENTLICHKEITSPROZESSE UND PARTIZIPATION

Geht es um die politische Partizipation von Frauen, dann wird zumeist das Jahr 1919 als entscheidende Zäsur ausgemacht: Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Revolution von 1918 konnten Frauen zum ersten Mal deutschlandweit wählen. Und sie nutzten ihr neues Recht: Frauen beteiligten sich an der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung im gleichen Maße wie Männer (zu über 82 Prozent) und insgesamt 41 Parlamentarierinnen konnten schließlich in der Nationalversammlung über die Ausgestaltung der Weimarer Republik mitentscheiden. Das entsprach einem Frauenanteil von 9,7 Prozent. Ähnlich ›hohe‹ Parlamentarierinnenanteile erreichten die Reichs- und Bundestage bezeichnenderweise erst wieder nach 1983 (vgl. Rosenbusch 1998: 473, 478). 1919 gelang also die Einbindung von Frauen in politische Prozesse anscheinend schnell und reibungslos.

Diese Einbindung hat allerdings eine Vorgeschichte. Der tatsächlichen Ausübung von politischen Wahlrechten im Jahr 1919 gingen rund 50 Jahre mühsamer Versuche voraus, Frauenbelange öffentlich zu artikulieren. Frauen mussten ihre Anliegen zunächst einmal identifizieren, artikulieren und ihnen öffentlich Gehör verschaffen. Dies geschah unter erschwerten Rahmenbedingungen, galt es doch als nicht ›schicklich‹, sich als Frau mit politischen Themen zu befassen. Weiterhin beschränkte sich die Mädchenbildung auf den praktisch-haushälterischen, allenfalls schöngeistigen Bereich. Frauen hatten keinen Zugang zu solchen Bildungsinstitutionen, die wissenschaftliches und politisches Wissen fundiert vermittelten. Und schließlich sorgten noch handfeste rechtliche Regelungen dafür, dass Frauen der Zutritt in sichtbare öffentliche Bereiche erschwert wurde: Grundlegende Partizi-

pationsrechte (politische Wahlrechte, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, ja zeitweise sogar die Pressefreiheit) wurden Frauen gar nicht oder nur eingeschränkt gewährt (siehe Frevert 2001: 63–145 und zur Pressefreiheit Wischermann 1998: 109).

Angesichts der Verbannung ins Haus, des Bildungsmangel und schließlich der vielfältigen Beschränkungen von Partizipation mag die Selbstverständlichkeit, mit der Frauen 1919 ihre politischen Rechte wahrnahmen, zunächst überraschen. Erweitert man jedoch den Blick von weithin sichtbaren Formen politischer Partizipation auf eher niedrigschwellige Formen zivilgesellschaftlichen Engagements, dann wird die schnelle und insbesondere reibungslose Einbindung von Frauen in den politischen Alltag nachvollziehbarer. Vor allem aber gerät die Frauenbewegung des deutschen Kaiserreichs samt ihrer vielfältigen Versuche, gemeinsame Interessen zu identifizieren, zu formulieren und schließlich öffentlich zu verbreiten, ins Zentrum des Interesses.

Das Jahr 1919 mag politikgeschichtlich zwar eine relevante Zäsur sein, die entscheidenden Prozesse, die eine wachsende Partizipation von Frauen ermöglichten, fanden aber bereits im Kaiserreich statt. Zentral waren hierbei Öffentlichkeitsprozesse: Über Frauenvereine und politische Frauenzeitschriften schufen sich Frauen vermehrt Foren, die konstitutiv für eine »Bewegungsöffentlichkeit« wurden (vgl. Klaus/Wischermann 2008; Wischermann 2003). Diese Bewegungsöffentlichkeit zeichnete sich dadurch aus, dass sie sowohl Anbindung an Kommunikationsinhalte und -formen hatte, wie sie üblicherweise in der Privatsphäre vorzufinden sind, als auch an solche der etablierten Medienöffentlichkeit. Legt man das Drei-Ebenen-Modell von Öffentlichkeit zugrunde (Klaus 2009), dann wird deutlich, dass politische Frauenzeitschriften eine zentrale Mittlerrolle zwischen einfachen (Alltags-) Öffentlichkeiten und komplexer (Medien-)Öffentlichkeit einnahmen (vgl. Klaus/Wischermann 2008).

Diesen politischen Frauenzeitschriften und der Art und Weise, wie sie Öffentlichkeit herstellten, widmet sich mein Beitrag. Dabei werden in einem ersten Schritt das Drei-Ebenen-Modell und Medienfunktionen in Beziehung gesetzt sowie das Potenzial von Presseorganen diskutiert, als Quellen zur Rekonstruktion historischer Öffentlichkeitsprozesse zu fungieren. Anschließend wird in einem zweiten Schritt ein spezieller Presstyp, nämlich politische Frauenzeitschriften, vorgestellt. Dabei wird erläutert, wie zahlreich und vielfältig diejenigen Periodika waren, die hier unter dem Begriff »politische Frauenzeitschriften« zusammengefasst werden. In einem dritten Schritt soll schließlich mithilfe ausgewählter Zeitschriften der Frauenbewegung und anhand von zwei Fallbeispielen aufgezeigt werden, wie um 1900 die verschiedenen Ebenen von Öffentlichkeit adressiert und zuweilen auch erfolgreich verknüpft wurden. Abschließend will ich am Beispiel von politischen Frauenzeitschriften der Weimarer Parteien darlegen, wie – nicht zuletzt aufgrund parteitaktischen Kalküls – die Anbindung an einfache Öffentlich-

keiten aufgegeben wurde, so dass politische Frauenzeitschriften ihrer eigentlichen Stärke beraubt wurden, nämlich ein Scharnier zwischen einfacher und komplexer Öffentlichkeitsebene zu bilden und so zu gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen beizutragen.

2 ZEITSCHRIFTENFORSCHUNG UND ÖFFENTLICHKEITSPROZESSE

Politische Frauenzeitschriften sind zunächst einmal Gegenstand der Zeitschriftenforschung, die allerdings primär mediumzentriert, kaum öffentlichkeitsorientiert arbeitet. Dabei ist die historische Zeitschriftenforschung zuerst pressestatistisch vorgegangen, d. h. sie erfasste Daten zu Erscheinungsweisen, Auflagen und thematischen Schwerpunkten von Zeitschriften, klassifizierte die Blätter und dokumentierte ihre Ergebnisse in Zeitschriftenbibliographien (z. B. Kirchner 1966–1989). Darüber hinaus wurden politisch bedeutsame Leitmedien mit Zeitschriftenporträts gewürdigt, weil sie entweder ein Herrschaftssystem nachhaltig stützten oder es mit scharfer Kritik ins Wanken brachten. In solchen Darstellungen standen freilich politische Linien und prägende Blattmacher im Vordergrund (z. B. Fischer 1973). Allerdings verstellt die Konzentration auf die Zeitschrift als Medium bzw. politisches Instrument den Blick darauf, dass Zeitschriften v. a. auch Kommunikationsprozesse in Gang setzen, (LeserInnen-)Gemeinschaften bilden und somit Öffentlichkeit auch ›von unten‹ konstituieren (vgl. Bohrmann/Schneider 1975: 32). Eine öffentlichkeitszentrierte Zeitschriftenforschung, die das kommunikationsgeschichtliche Paradigma, Kommunikationsprozesse der Vergangenheit zu rekonstruieren, systematisch umsetzt statt sich in einer eher deskriptiven Schilderung einzelner Medien zu ergehen, steht allerdings immer noch aus. Und dies erklärt vielleicht auch das ›nachgeordnete Interesse‹ (vgl. Stöber 2002: 44), auf das die historische Zeitschriftenforschung inzwischen in der Kommunikationswissenschaft stößt.

Weiterhin spielen *Medienfunktionen* in der Zeitschriftenforschung eine wichtige Rolle, weil sie die Grundlage zahlreicher Zeitschriftentypologien, aber auch Zeitschriftenporträts bilden. Dabei fällt eine eigentümliche Orientierung der historischen Zeitschriftenforschung an politischen Medienfunktionen auf: Kritik und Kontrolle, Information (oft im Sinne von Aufdeckung) oder der Beitrag eines Blattes zur politischen Willensbildung stehen im Zentrum. Bedürfnisse, Erwartungen und Gratifikationen auf Seiten der LeserInnenschaft sind hingegen bei der typologischen Zuordnung bzw. der Porträtierung historischer Zeitschriften zumeist nachrangig.

Politische und gesellschaftliche Medienfunktionen beschreiben Leistungen von (Massen-)Medien, die auf einer Makro-Ebene anzusiedeln sind, d. h. sie ha-

ben als funktionalen Bezug primär das Politik-, Gesellschafts- oder auch das Wirtschaftssystem (vgl. überblickshaft Burkart 2002: 378–412). Somit werden Medien im Allgemeinen oder eine Zeitschrift im Speziellen – relativ abstrakt – hinsichtlich ihrer (mutmaßlichen) Leistungen für die oben genannten Systeme bemessen. Die angewandte Forschung zu aktuellen Zeitschriften verfolgt hingegen eine andere Herangehensweise. Sie widmet sich in ihren empirischen Studien überwiegend Medienfunktionen auf der Mikroebene. Die potenziellen Leistungen für Rezipienten und Rezipientinnen werden – oft mithilfe von Befragungen – identifiziert und verschiedene Blätter dann entlang divergierender Leistungsprofile beschrieben und eingeordnet. Damit lehnt sich die aktuelle Zeitschriftenforschung – wenngleich nicht immer explizit – an solche Forschungen an, die in der Tradition des »Uses and Gratification Approaches« stehen.

Dies ist insofern von Bedeutung, als mit der RezipientInnenperspektive des »Uses and Gratification Approaches« gänzlich andere Medienleistungen in den Blick geraten als solche, die für das politische System als funktional bzw. als »erwünscht« erachtet werden – wie Information, Herstellung von Öffentlichkeit, Kritik und Kontrolle (Medienfunktionen auf *Makro-Ebene*). Andere Fragen rücken in den Mittelpunkt, nämlich inwieweit Medien soziale Orientierung und Integration – sei es mit Bezug auf das Gesellschaftssystem, aber auch auf einzelne soziale Gruppen oder Organisationen – unterstützen und dabei zur Stärkung des individuellen Handlungsvermögens sowie zur kollektiven Mobilisierung beitragen (vgl. McQuail 2000: 80–81). Die Integration von Personen in größere Sozialstrukturen samt ihrer kommunikativen Einbindung interessiert, wenn Medienfunktionen auf der *Meso-Ebene* untersucht werden. Und wendet man schließlich den Blick von den Organisationen ab und stattdessen hin zu einzelnen Personen, dann stellt sich die Frage, inwieweit Medien individuellen Bedürfnissen nach Austausch und Interaktion nachkommen und schließlich emotionale Erlebnisse, ästhetische Erbauung und – eng damit verbunden – Unterhaltung ermöglichen (Medienfunktionen auf *Mikro-Ebene*).

Auf der Mikroebene, d. h. bei RezipientInnen, setzt auch die Medien- und Kommunikationspsychologie an, die sich mit Gratifikationserwartungen, Kommunikationsverhalten und individuellen Verarbeitungsweisen von Medieninhalten beschäftigt. Sie hat, ausgehend vom Individuum, kommunikationspsychologische Wirkungsdimensionen identifiziert, die eine leicht veränderte Strukturierung von Medienfunktionen angeraten sein lässt. Aus kommunikationspsychologischer Perspektive treten Kommunikationsfolgen im kognitiven, motivationalen, interaktiv-sozialen und affektiven Bereich auf (Six et al. 2007: 30). Setzt man diese Differenzierung von Wirkungsbereichen in Beziehung zu Medienfunktionen, dann sind im *kognitiven* Bereich Informations-, Orientierungs- und Kritikleistungen anzusiedeln. Mit Blick auf den *motivationalen* Bereich können Medien das individuelle Handlungsvermögen stärken, eine Person für eine Sache mo-

bilisieren und schließlich zur Integration in vielfältige soziale Zusammenhänge beitragen. Zur Aktivierung des *interaktiven* Bereichs können über Medien Wissen und Erfahrungen ausgetauscht und dabei gleichzeitig bewertet werden, wobei im Zuge dieser Kommunikationsprozesse soziale Beziehungen aufgebaut werden. Und was schließlich den *affektiven* Bereich angeht, so tragen Medien zur Unterhaltung bei und erlauben den Nachvollzug von Emotionen (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Medienfunktionen, Foren und Öffentlichkeitsebenen

Medienfunktionen		(mediales) Forum	Öffentlichkeitsebene
kognitiver Bereich	<ul style="list-style-type: none"> – Information – Orientierung – Kritik 	<ul style="list-style-type: none"> – (tages)aktuelle Presse – Parlamente 	komplexe Öffentlichkeit
motivationaler Bereich	<ul style="list-style-type: none"> – Stärkung des Handlungsvermögens – Mobilisierung – Integration 	<ul style="list-style-type: none"> – Bewegungszeitschriften – Vereinszeitschriften – größere Kongresse 	mittlere Öffentlichkeit
interaktiver Bereich	<ul style="list-style-type: none"> – Wissensaustausch und Bewertung – Erfahrungsaustausch und Bewertung – Aufbau sozialer Beziehungen 	<ul style="list-style-type: none"> – kleinere Versammlungen – Gespräche am Rande von Versammlungen – Briefe 	einfache Öffentlichkeit
affektiver Bereich	<ul style="list-style-type: none"> – Unterhaltung – Emotion 		

Ausgehend von den jeweils interessierenden Medienfunktionen geraten immer nur bestimmte Forschungsspektren, konkret: bestimmte mediale Foren und Öffentlichkeitsebenen, in den Fokus der Analyse.

In der traditionellen historischen Zeitschriftenforschung stehen beispielsweise Information und Kritik als Medienleistungen im Zentrum – und dies zumeist weniger mit Bezug zum Individuum, sondern zum politischen System. In der Folge werden vor allem Medien bzw. Foren beobachtet, die auf der Ebene der komplexen Öffentlichkeit angesiedelt sind – wie z. B. aktuelle Leitmedien oder nationale Parlamente als nicht-mediales Forum. Gleichzeitig hat die Einnahme einer solchen Perspektive aber zum einen zur Folge, dass zusätzliche Leistungen, die Medien erbringen können, die v. a. im motivationalen, interaktiven und affektiven Bereich liegen, ausgeblendet bleiben. Und zum anderen werden so auch weitere Öffentlichkeitsebenen nicht erfasst, auf denen eine Zeitschrift ebenso eine Rolle spielen kann – zumindest aus dem Blickwinkel ihres Publikums.

Beschäftigt man sich mit sozialen Bewegungen, dann sind v. a. Medienfunktionen im motivationalen Bereich zu berücksichtigen, denn die Mobilisierung von AnhängerInnen stellt ein zentrales Ziel sozialer Bewegungen dar. Ins Visier der Analysen geraten demnach (kleinere) Bewegungszeitschriften und Öffentlichkeitsprozesse auf mittlerer Ebene. Zwar sind hier die Kommunikationsrollen – wie die der Blattverantwortlichen oder die der LeserIn – noch spezifiziert, aber es kommt ab und an schon zum Rollenwechsel, wenn sich ›einfache‹ AktivistInnen mit ihren Forderungen und Aktionen zu Wort melden.

Das gesamte Spektrum möglicher Medienfunktionen ist aber noch nicht abgedeckt, denn Funktionen im interaktiven und affektiven Bereich wie Wissensaustausch, Erfahrungsaustausch, Aufbau von sozialen Beziehungen, Unterhaltung und emotionale Erlebnisse sind noch nicht berücksichtigt. Solche Funktionen werden zwar überwiegend von nicht-medialen Foren getragen, d. h. die Kommunikationsprozesse finden v. a. in persönlichen Gesprächen, Briefen oder auf kleinen Versammlungen statt und sind primär auf einfacher Öffentlichkeitsebene anzusiedeln. Dennoch sollte das Potenzial von Medien, speziell von Zeitschriften, nicht unterschätzt werden, bis in diese Öffentlichkeitsebenen vorzudringen und Leistungen im interaktiven sowie affektiven Bereich zu erbringen.

Die zentrale These dieses Beitrags lautet demnach, dass es politischen Frauenzeitschriften zuweilen nicht nur gelang, ein breites Spektrum an Medienfunktionen zu bedienen, sondern ebenso als Mittler zwischen allen drei Öffentlichkeitsebenen zu fungieren (vgl. Abbildung 2). In Phasen, in denen dies tatsächlich gelang, entfalteten sich rund um die Zeitschrift kommunikative Dynamiken, die eine verstärkte Partizipation ermöglichten und gesellschaftliche Wandelprozesse forcierten.

Allerdings ist es nicht ohne weiteres möglich, Kommunikationsprozesse zwischen allen drei Öffentlichkeitsebenen aufrecht zu erhalten, weil auf jeder Ebene andere Selektionskriterien, Bearbeitungsweisen und Kommunikationsmodi üblich sind. Das direkte Gespräch ist beispielsweise sehr viel umgangssprachlicher, emotionaler und weit weniger strukturiert als ein Leitartikel. Und wenn ein Kommunikationsmodus der einfachen Öffentlichkeitsebene, beispielsweise eine emotionale Beschimpfung, auf der mittleren oder gar komplexen Öffentlichkeitsebene zur Anwendung kommt, dann führt das im Zweifelsfall zu Irritationen. Schließlich wird dem der Ebene angemessenen Kommunikationsmodus nicht entsprochen, was dazu führt, dass die Äußerung als unpassend oder gar ›unprofessionell‹ eingeordnet wird. Ein gewisses Knirschen ist also zu vernehmen, wenn Öffentlichkeitsprozesse zwischen den Ebenen im Gange sind und die ebenenspezifisch differenten Kommunikationsmodi aufeinanderprallen – und dieses Knirschen bzw. die Frage nach seinen Ursachen und Hintergründen könnte Ausgangspunkt werden für eine vertiefte Analyse von Öffentlichkeitsprozessen rund um Zeitschriften.

Abbildung 2: Kommunikationsprozesse zwischen Öffentlichkeitsebenen

Medienfunktionen		(mediales) Forum	Öffentlichkeitsebene
kognitiver Bereich	<ul style="list-style-type: none"> – Information – Orientierung – Kritik 	<ul style="list-style-type: none"> – (tages)aktuelle Presse – Parlamente 	komplexe Öffentlichkeit
motivationaler Bereich	<ul style="list-style-type: none"> – Stärkung des Handlungsvermögens – Mobilisierung – Integration 	<ul style="list-style-type: none"> – Bewegungszeitschriften – Vereinszeitschriften – größere Kongresse 	mittlere Öffentlichkeit
interaktiver Bereich	<ul style="list-style-type: none"> – Wissensaustausch und Bewertung – Erfahrungsaustausch und Bewertung – Aufbau sozialer Beziehungen 	<ul style="list-style-type: none"> – kleinere Versammlungen – Gespräche am Rande von Versammlungen – Briefe 	einfache Öffentlichkeit
affektiver Bereich	<ul style="list-style-type: none"> – Unterhaltung – Emotion 		

Betrachtet man allerdings die üblichen Herangehensweisen der historischen Zeitschriftenforschung, so werden solche Fragen vergleichsweise selten gestellt. In der Regel interessieren vor allem die politischen Linien von Presseorganen, ihre Effekte auf Repräsentanten des politischen Establishments und nachhaltige Auswirkungen auf das Zeitgeschehen.¹ Doch eine solche Betrachtungsweise, wie sie auch in Buchtiteln wie »Leitartikel bewegen die Welt« (Schaber/Fabian 1964) Ausdruck findet, konzentriert sich allenfalls auf die Rolle, die Medien im Rahmen komplexer Öffentlichkeiten spielen, sowie auf Funktionen, die Medien auf der Makro-Ebene zugeschrieben werden (v. a. Kritik und Kontrolle des politischen Systems). D. h. andere Leistungen, nämlich solche, die die Blätter für Öffentlichkeitsprozesse ›von unten‹ und für das Verknüpfen aller drei Öffentlichkeitsebenen erbringen, bleiben weiterhin unterbelichtet. Sieht man von wenigen Ausnahmen ab (z. B. Wischermann 2003; Klaus/Wischermann 2008; Kinnebrock 2008; Kinnebrock 2009), so dominieren im Bereich der medien- und kommunikationswissenschaftlichen Presseforschung nach wie vor politik- und mediumszenrierte Darstellungen, während komplexe kommunikationshistorische Analysen, die ausgehend von rezipientInnenorientierten Medienfunktionen Öffentlichkeitsprozesse detailliert nachzeichnen, äußerst rar sind.

Dies mag zum Teil der besonderen Quellenproblematik historischer Forschung geschuldet sein: Da insbesondere bei historischen Medien die Einschätzungen von

1 Siehe exemplarisch die Zeitschriftenporträts in Fischers Sammelband (1973).

Medienleistungen durch RezipientInnen schwer rekonstruierbar sind, rückt das Medium selbst, seine Programmatik und seine (retrospektiv bestimmte) historische Bedeutung in den Fokus der Untersuchungen. Die Konzentration auf Medien und ihre Inhalte muss allerdings nicht zwingend einen Verzicht auf kommunikations- und öffentlichkeitshistorische Perspektiven nach sich ziehen. Denn neben programmatischen Leitartikeln enthalten Presseorgane viele weitere Beiträge, aus denen sich der Austausch zwischen Redaktion und LeserInnenschaft, aber auch innerhalb des Publikums herauslesen lässt.

Neben dem altbekannten LeserInnenbrief² sei hier die Darstellungsform der »Replik« erwähnt, letztlich eine Antwort auf einen Leitartikel, die aber i.d.R. nicht von der Redaktion, sondern von Außenstehenden bzw. Betroffenen verfasst wurde; Rubriken mit Titeln wie »In eigener Sache« lassen zumindest indirekte Schlüsse auf kommunikative Austauschprozesse zu, wurden doch dort redaktionelle Entscheidungen den LeserInnen gegenüber gerechtfertigt. Und schließlich wurden viele vermeintlich langweilige Rubriken – z. B. über die »Vereinsarbeit« oder »Veranstaltungen« – mit Beiträgen von LeserInnen gefüllt: Aktivitäten und Sichtweisen des Publikums lassen sich also aus diesen Rubriken erschließen. Darüber hinaus enthielten Versammlungsberichte zahlreiche Hinweise darauf, wie die Themen des jeweiligen Blattes auf Versammlungsöffentlichkeiten verhandelt worden waren, d. h. Rückschlüsse sind nicht nur auf die schreibenden LeserInnen möglich, sondern auch auf weniger exponierte Personen, die aber dennoch an Öffentlichkeitsprozessen »von unten« mitwirkten.

Es gibt also auch in der historischen Forschung durchaus Möglichkeiten, Kommunikationsprozesse sowohl zwischen Redaktion und Publikum zu rekonstruieren (wobei es durchaus zu Rollenüberschneidungen kommt) als auch Austausch zwischen verschiedenen Ebenen von Öffentlichkeit zu erfassen. Dazu müssen historische Blätter aber nicht nur neu gelesen werden, sondern es sollten zur Ergänzung und Absicherung der Befunde medienexterne Quellen herangezogen werden – z. B. Tagebücher, Autobiographien oder Briefe, in denen Rezeptionserlebnisse und Öffentlichkeitserfahrungen festgehalten sind (siehe dazu auch Wischermann 1996).

2 Siehe zur internationalen Debatte zur Funktion des LeserInnenbriefs in Bewegungsmedien Wahl-Jorgensen (2007: 41–46) und Chambers, Steiner und Fleming (2004: 145–178).

3 ZEITSCHRIFTEN IM UMFELD DER HISTORISCHEN FRAUENBEWEGUNG

Bevor im dritten Punkt beispielhaft ausgeführt wird, welche Rolle politische Frauenzeitschriften im Rahmen solcher Austausch- und Öffentlichkeitsprozesse in Kaiserreich und Weimarer Republik spielten, sollen diese Blätter zunächst in der damaligen Zeitschriftenlandschaft verortet werden.

Im deutschsprachigen Raum können Periodika speziell für Frauen inzwischen auf eine fast 300-jährige Tradition verweisen. Zeitschriften, die sich gezielt an Frauen richteten und deren redaktionelle Inhalte tatsächlich politisch waren (d. h. die bei der Auseinandersetzung mit dem weiblichen Lebenszusammenhang Veränderungsmöglichkeiten der sozialen Lebenssituation von Frauen und/oder ihre Partizipation am Gemeinwesen thematisierten), erschienen allerdings vermehrt erst in der Zeit des Kaiserreichs.³ Berücksichtigt man als »politische Frauenzeitschrift« alle mindestens vierteljährlich erscheinenden Blätter, die Frauen beim Zurechtfinden in der öffentlichen Sphäre helfen – sei es in der Erwerbswelt (zum Beispiel Berufszeitschriften), bei der Sozialarbeit für das Gemeinwesen (karitative Frauenzeitschriften), aber auch in der außerhäuslichen Gemeindefarbeit (kirchliche Frauenzeitschriften) oder schließlich beim Engagement in der Frauenbewegung (Frauenbewegungszeitschriften) oder der Politik (parteinahe Frauenzeitschriften), dann lassen sich für den Zeitraum von 1871 bis 1933 insgesamt 366 politische Frauenzeitschriften ausmachen (vgl. Kinnebrock 2008: 144).⁴ Bedenkt man weiterhin, dass bis zu 150 politische Frauenzeitschriften zur gleichen Zeit parallel erschienen (vgl. Kinnebrock 2009: 282), dann wird deutlich, was für ein beachtliches Segment politische Frauenzeitschriften im Zeitschriftenmarkt bildeten. Setzt man die 150 politischen Frauenzeitschriften in Beziehung zur Gesamtzahl an Zeitschriftentitel, die 1914 mit knapp 7.000 ihren Höhepunkt erreichte (vgl. Wilke 2000: 276–277), dann dürften politische Frauenzeitschriften ca. zwei Prozent aller Titel gestellt haben, vielleicht sogar mehr.

So vielfältig die Versuche dieser Frauenzeitschriften waren, Fraueninteressen zu artikulieren und Frauen beim Agieren in der öffentlichen Sphäre zu unterstützen, so schwer fällt zuweilen der Vergleich dieser sehr unterschiedlichen Blätter. Denn

3 Grundlage für die folgenden Zahlen und Ausführungen bilden zwei Forschungsprojekte, die von der Ludwig-Maximilians-Universität München (2003/2004) und von der Universität Erfurt (2005/2006) gefördert wurden. Im Rahmen der Projekte wurde der Gesamtbestand an politischen Frauenzeitschriften bis 1945 systematisch erfasst und eine Zeitschriftenbibliographie erstellt (vgl. Kinnebrock 2009).

4 Aufnahme fanden dabei nur eigenständig erscheinende Zeitschriften für Frauen, keine Beilagen. Ebenso wurden Periodika, die ihren Titel änderten, aber die Jahrgangszählung beibehielten, nur als ein Titel gezählt. Bei weniger restriktiver Zählweise hätte sich die Zahl der Titel noch deutlich erhöht.

unter den hier als politisch identifizierten Frauenzeitschriften finden sich auch zahlreiche Organe, die zwar handlungsrelevante politische Information für Frauen enthielten, aber das politische Tagesgeschehen weitgehend ignorierten. Beispielsweise wurden in den zahlreichen Zeitschriften für Lehrerinnen die staatlich verordneten Schulreformen und ihre Folgen intensiv diskutiert. Gesetzes- und Verordnungstexte wurden Paragraph für Paragraph analysiert und auf ihre Bedeutung für den Berufsalltag hin erläutert. Politische Wendepunkte hingegen – zum Beispiel die Wahl zur Nationalversammlung 1919, an der Frauen erstmals teilnehmen durften – wurden in solchen Berufszeitschriften weitgehend ausgeblendet (vgl. Kinnebrock 2009: 285). Das heißt, die Blätter konzentrierten sich auf politische Spezialthemen, die für ihre jeweilige Zielgruppe Relevanz besaßen, während aktuelles politisches Geschehen und weitere für komplexe Öffentlichkeiten typische Themen kaum verhandelt wurden. Da somit der Austausch zwischen mittlerer und komplexer Öffentlichkeit deutlich erschwert war, will ich mich im Folgenden auf solche Blätter konzentrieren, die tatsächlich als Scharnier zwischen den drei Öffentlichkeitsebenen fungierten: nämlich auf *Frauenbewegungszeitschriften* und *parteinahen Frauenzeitschriften*, seien sie nun linker, liberaler oder konservativer Provenienz.⁵

4 FALLBEISPIELE FÜR KOMMUNIKATIONSPROZESSE ZWISCHEN ÖFFENTLICHKEITSEBENEN

Anhand von drei Fallbeispielen soll mithilfe des Drei-Ebenen-Modells verdeutlicht werden, wie sich Kommunikationsprozesse von einer Öffentlichkeitsebene auf die nächste verlagerten und inwieweit politische Frauenzeitschriften ein Bindeglied zwischen verschiedenen Öffentlichkeitsebenen darstellten. Konkret wird es zunächst um eine Protestaktion aus dem Jahr 1902 gehen, die sich gegen die damalige Regulierung von Prostitution richtete und maßgeblich von der Zeitschrift »Die Frauenbewegung« samt ihrer Beilage »Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung« getragen wurde, dann um eine kurze Debatte über die Schlachtmethode des Schächtens, die 1913 in der Zeitschrift »Frauenstimmrecht!« geführt wurde, und schließlich um mutmaßlich fingierte LeserInnenzuschriften in der Weimarer Polit-Illustrierten »Der Weg der Frau«.

4.1 Fallbeispiel: Proteste gegen den Prostitutionsparagrafen 361,6 RStGB und die Rolle der »Frauenbewegung«

»Die Frauenbewegung« spiegelt wie kaum ein anderes Blatt die Aktivitäten der bürgerlich-radikalen Frauenbewegung des Kaiserreichs wider. Sie erschien von

⁵ Siehe zu weiteren zeitschriftentypologischen Binnendifferenzierungen Kinnebrock (2009: 287).

1895 bis 1919 halbmonatlich, umfasste acht bis zwölf Seiten im Quartformat und brachte seit 1899 eine vierseitige Beilage (mit wechselnden Titeln) heraus. Das Blatt thematisierte neben Fragen der Mädchenbildung und der Erwerbstätigkeit auch den Anspruch von Frauen auf politische und rechtliche Gleichstellung, was zumindest im ausgehenden 19. Jahrhundert noch ein Novum darstellte (vgl. zur »Frauenbewegung« Wischermann 1984: 40–46).

Spannend ist aber auch die Rolle der »Frauenbewegung« mit Blick auf die verschiedenen Ebenen von Öffentlichkeit, wie sie das Drei-Ebenen-Modell nahelegt. Bereits in ihrem Programm hatte die Zeitschrift verdeutlicht, dass sie sich als »Mittelpunkt« frauenrechtlerischer Bestrebungen sah. Denn erfolgreiche Frauenzeitschriften »vermitteln die Bekanntschaft der einzelnen Vereine unter sich; sie klären den Fernstehenden auf; sie bilden das wirksamste Agitationsmittel nach außen. Der Deutschen Frauenbewegung fehlt solch eine Zeitschrift. [. . .] Die Frauenbewegung wird aber niemals ihr Ziel – die Gleichberechtigung der Geschlechter – erreichen, wenn die Frauen sich nicht untereinander verbunden fühlen.«⁶ »Die Frauenbewegung« wollte also auf allen drei Öffentlichkeitsebenen wirken. Auf einfacher Ebene sollten Verbindungen unter Frauen hergestellt werden, auf mittlerer Ebene wollte das Blatt die Kommunikation zwischen den Frauenvereinen verdichten und schließlich sollte auch noch »nach außen« gewirkt werden. D. h. die komplexe Öffentlichkeit wurde ebenso adressiert – und dies mit beachtlichem Erfolg. Orientiert man sich an zeitgenössischen Presseauschnittsammlungen zur Frauenfrage, dann war »Die Frauenbewegung« neben dem ungleich auflagenstärkeren SPD-Blatt »Die Gleichheit« die am meisten zitierte Frauenzeitschrift (vgl. Kinnebrock 2005: 175).

Wie die drei Öffentlichkeitsebenen verknüpft wurden, sei exemplarisch anhand der Proteste gegen den ominösen Paragraphen 361,6 RStGB gezeigt.⁷ Dieser Paragraph des Strafgesetzbuches verbot die Prostitution und lieferte gleichzeitig die rechtliche Grundlage dafür, dass die Polizei nach Gutdünken Frauen, die sie für potentielle Prostituierte hielt, herausgreifen, zur gynäkologischen Zwangsuntersuchung schicken und gegebenenfalls der Sittenpolizei unterstellen konnte (vgl. Gerhard 1984: 85–88). Für »Die Frauenbewegung« und ihre Beilage »Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung« stellte dieser Paragraph eine »unerträgliche Missachtung der Persönlichkeit der Frau«⁸ dar, was in zahlreichen Grundsatzartikeln detailliert ausgeführt wurde. Darüber hinaus berichteten die bei-

6 Die Herausgeberinnen [Minna Cauer/Lily von Gizycki]: o. T. [Programm]. In: Die Frauenbewegung. 1. Jg./Nr. 1 (1895), S. 1.

7 Siehe zu rechtlichen Hintergründen und Ereignissen des Protests Kinnebrock (2005: 282–287).

8 Anita Augspurg: Schweigen die Frauen?. In: Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung. 3. Jg./Nr. 14 (1902), S. 53.

den Blätter kontinuierlich über ›polizeiliche Missgriffe‹, d. h. über Verhaftungen und Zwangsuntersuchungen von arglosen und ›unbescholtenen‹ Bürgerinnen. Einen vorläufigen Höhepunkt fand die Kampagne gegen den § 361,6 im November 1902, als die Herausgeberin der Beilage »Parlamentarische Angelegenheiten und Gesetzgebung«, Anita Augspurg, gezielt ihre Verhaftung provozierte, um die Aufmerksamkeit der komplexen Öffentlichkeit auf den Prostitutionsparagrafen zu lenken. Dies gelang insofern, als ein Rauschen durch den deutschen Blätterwald ging und die Presse zunächst den Eindruck gewann, Augspurg, die ›ehrwürdige Frauenrechtlerin‹, sei tatsächlich aufgrund dieses Paragrafen als Prostituierte arretiert worden.⁹ Dabei kam der Paragraph 361,6, der zwar prinzipiell die rechtliche Grundlage für Augspurgs Verhaftung hätte liefern können, in Augspurgs Fall gar nicht zur Anwendung (vgl. Kinnebrock 2005: 284–287). Dennoch wurde der Fall nicht nur in der Tagespresse, sondern auch im Reichstag debattiert, wo der freisinnige Abgeordnete Ernst Müller-Meinungen den Prostitutionsparagrafen heftig kritisierte. Er beklagte dort – ganz im Einklang mit der Berichterstattung »Der Frauenbewegung« –, dass es »geradezu eine Art Sport geworden [. . .] [sei], unbescholtene Frauen [. . .] einfach zu verhaften, [. . .] sie zur Polizei zu schleppen, sie dort wie Dirnen zu behandeln.«¹⁰

Die Medien- und Parlamentsöffentlichkeit, die beide als Foren der komplexen Öffentlichkeit einzuordnen sind, hatte »Die Frauenbewegung« im Zuge ihrer Kampagne gegen ›polizeiliche Missgriffe‹ also erreicht. Allerdings zeigt die Analyse der Presseauschnitte auch, dass die Aufmerksamkeit der Presse weniger der Frage galt, wie der Staat mit Prostitution und Frauenrechten umzugehen habe, als vielmehr einem bereits etablierten Thema, auf das sich v. a. linke und liberale Presse seit Längerem eingeschossen hatten: Polizeiwillkür bzw. Tölpel bei der Polizei.¹¹ Die erfolgreiche Adressierung der komplexen Öffentlichkeit konnte also durchaus ambivalente Folgen zeitigen, weil sich deren Selektions- und Verarbeitungsmechanismen von denen der Bewegungsöffentlichkeit auf mittlerer Ebene durchaus unterschieden.

In der »Frauenbewegung« und ihrer Beilage stand die grundsätzliche Rechtsproblematik des Prostitutionsparagrafen im Zentrum, aus dem in der Rechtspraxis eine Ungleichbehandlung von Mann und Frau abgeleitet wurde: Strafe und Zwangsregistrierung war nur für Prostituierte, nicht für Freier vorgesehen. Neben solchen Grundsatzdebatten, die sich primär wohl an Frauenrechtlerinnen richteten, berichtete »Die Frauenbewegung« zusätzlich in ihren Rubriken zu Vereinsaktivi-

9 Die Diktion der damaligen Presse ist hier mit einfachen Anführungsstrichen gekennzeichnet.

10 Verhandlungen des Reichstages, 220. Sitzung am 22. November 1902.

11 Dies ergab die Auswertung der Zeitungsausschnitte im Bundesarchiv Berlin (R 8034 II 7956) und im Staatsarchiv Hamburg (P.P. S 14139).

täten über Protestveranstaltungen, auf denen Solidarität mit Anita Augspurg, dem (vermeintlichen) Opfer des Prostitutionsparagraphen, kundgetan wurde. D. h. über Bewegungsaktivitäten auf mittlerer Öffentlichkeitsebene wurde berichtet, was mutmaßlich für die Mobilisierung einzelner Anhängerinnen und ihre Integration in die Bewegung förderlich war. Zudem druckte das Blatt vorformulierte Resolutionen, die auf weiteren (Protest-)Versammlungen verabschiedet werden konnten, was individuelles wie kollektives Handlungsvermögen gestärkt haben dürfte.

Dass diese Kampagne auch die einfache Öffentlichkeitsebene erreichte, zeigen nicht nur privat gehaltene Briefe, in denen die Verhaftung debattiert wurde,¹² sondern auch zahlreiche »telegraphische Zustimmungen«, die auf den Frauenversammlungen verlesen und deren UrheberInnen namentlich erwähnt wurden.¹³

Der »Frauenbewegung« gelang beim Protest gegen den Prostitutionsparagraphen 361,6 eine Verknüpfung aller drei Ebenen von Öffentlichkeit. Allerdings wurde an den Pressereaktionen, die sich v. a. über die Unfähigkeit der Polizei amüsierten, bereits deutlich, dass Selektions- und Bearbeitungsregeln auf den verschiedenen Öffentlichkeitsebenen divergieren. Dies betrifft nicht nur die komplexe und mittlere Öffentlichkeitsebene, sondern ebenso einfache Öffentlichkeiten. Inhalte auf einfacher Ebene sind u. a. von dialogischen Strukturen, emotionalen Appellen und dem Thematisieren persönlicher Erfahrungen gekennzeichnet (vgl. Klaus/Wischermann 2008: 107). In der Zeit des Kaiserreichs erfolgte die Kommunikation auf einfachen Öffentlichkeitsebenen v. a. im Zuge persönlicher Gespräche, die entweder im privaten Rahmen oder am Rande von Veranstaltungen geführt wurden, sowie in zahlreichen Briefen. Was genau auf einfacher Öffentlichkeitsebene gesagt wurde und wie Anliegen vorgebracht wurden, erschließt sich retrospektiv primär aus Briefwechseln in Nachlässen, Versammlungsprotokollen und Ego-Dokumenten.¹⁴ Aber auch die politischen Frauenzeitschriften geben zuweilen Einblicke in die Themen und Kommunikationsmodi einfacher Öffentlichkeiten – v. a. wenn authentische Zuschriften von Leserinnen abgedruckt wurden.

4.2 Fallbeispiel: Die Debatte um das Schächten in »Frauenstimmrecht!«

Zuschriften sorgten für eine dialogische Struktur, die viele der frühen Frauenbewegungszeitschriften auszeichnete. Denn oft blieb es nicht bei einem LeserInnenbrief,

12 Siehe z. B. das Schreiben Helene Langes an Marie Stritt vom 12. 12. 1902 (LandesarchivBerlin/Helene-Lange-Archiv: Fiche 13–47).

13 Kundgebungen zu der Protestversammlung gegen die Mißgriffe der Polizei am 1. Dezember 1902. In: Die Frauenbewegung. 8. Jg./Nr. 24 (1902), S. 188.

14 Zur Vielfältigkeit von Egodokumenten und ihrer Interpretation siehe Schulze 1996.

ein lebhaftes Hin und Her entwickelte sich – entweder innerhalb eines Blattes, oder auch zwischen verschiedenen Organen der Frauenbewegung (siehe Kinnebrock 1999; Wischermann 2003: 194–209). Allerdings wurden diese Debatten nicht nur in distinguiertes Schriftsprache und mit rationalen Argumenten geführt, sondern enthielten durchaus auch Elemente der mündlichen Alltagskommunikation. Dies wird unter anderem in den zuweilen recht sprunghaft argumentierenden und persönlich gehaltenen Zuschriften erkennbar, deren Sprachduktus stark an persönliche Auseinandersetzungen erinnert, wie sie in privaten Briefen und in persönlichen Gesprächen ausgetragen wurden.

Exemplarisch sei hier eine Debatte über das Schächten in der Zeitschrift »Frauenstimmrecht!« (1912–1914) erwähnt. Die Gründung der »Monatshefte des Verbandes für Frauenstimmrecht«, so der Untertitel des Blattes, erfolgte 1912 und war ein Resultat zahlreicher Auseinandersetzungen innerhalb der Stimmrechtsbewegung. Neben inhaltlichen Kontroversen über das zu fordernde Wahlrecht (ein demokratisches oder ein klassengebundenes?) stritt die Stimmrechtsbewegung darüber, ob man sich primär als Reform- oder Protestbewegung verstehen sollte. Und auch der Zugang zu den verbandsinternen Medien war umkämpft. Die Verbandsvorsitzende, Anita Augspurg, die das Blatt eigentlich zu ihrem Sprachrohr hatte machen wollen, wurde lediglich für zwei Jahre mit der Redaktionsleitung von »Frauenstimmrecht!« betraut. Zudem bekam sie eine Pressekommission zur Seite gestellt, die Beschwerden gegen die Redaktionsleitung entgegennehmen und ggf. schiedsrichterliche Entscheidungen treffen sollte (vgl. Kinnebrock 2005: 337–346).

Dies erklärt zum Teil, warum es weniger die erste Verbandsvorsitzende und Reaktionsleiterin selbst war, die in Streitfragen klar Stellung bezog. Dieser Part blieb Anita Augspurgs Lebensgefährtin Lida Gustava Heymann vorbehalten, die vor Polemik nicht zurückschreckte und damit freilich auch polarisierte. Im Mai 1913 veröffentlichte die bekennende Vegetarierin Heymann in »Frauenstimmrecht!« einen Artikel, der die im Judentum gängige Schlachtmethode des Schächten als Tierquälerei brandmarkte.¹⁵ Dieser Artikel provozierte heftigen Widerspruch: Heymann wurde vorgeworfen, sie würde mit stimmrechtsfernen Themen unnötig Mitglieder verprellen.¹⁶ Berücksichtigt man allerdings den Ton der Leserbriefe, so wird deutlich, dass sich die Artikel nicht nur gegen Heymanns Vorgehen in der Sache, sondern ebenso gegen sie als Person richteten. So schloss Clara Heinemann, ein einfaches Mitglied des Stimmrechtsverbandes, ihre Sachkritik sehr emotional und sogar persönlich verletzend mit den Worten: »So könnte ich Euch noch vieles sagen, Euch vielwissenden und wohlweisen L.G. Heymann und Genossen,

15 Lida Gustava Heymann: Nur Frauenstimmrecht? In: Frauenstimmrecht! 2. Jg./Nr. 3 (1913), S. 59–62.

16 Vgl. Schlußwort der Redaktion. In: Frauenstimmrecht! 2. Jg./Nr. 5 (1913), S. 101.

die Ihr schon so männlich geworden seid, daß man von Eurem weiblichen Herzen nichts mehr merkt . . .«¹⁷

Solche Leserbriefe verdeutlichen, dass Kommunikationsmodi, die persönliche Gespräche kennzeichnen, Eingang in die Blätter der Frauenbewegung fanden. Das, was auf den ersten Blick vielleicht unprofessionell oder gar unbeholfen wirken mag, markiert jedoch zugleich eine Stärke damaliger politischer Frauenzeitschriften. Sie fungierten als ein Bindeglied zwischen privater und öffentlicher Sphäre, indem sie Themen (inklusive deren zuweilen auch befremdlichen Bewertungen) aus einfachen Öffentlichkeiten aufgriffen, einem größeren und engagierten Publikum zugänglich machten und damit manchmal sogar auf den Foren der komplexen Öffentlichkeit Resonanz erzeugten. Die Prostitutionsdebatte ist dafür ein Beispiel.

Die oben getätigte Kritik, Heymann sei »vielwissend« und »wohlweis«, verweist aber auch darauf, dass die Verknüpfung der Öffentlichkeiten auf einfacher und mittlerer Ebene nicht reibungslos erfolgte, oft wohl auch gar nicht glückte. Hinter der Bemerkung dürfte sich nämlich auch Unmut gegen eine elitäre Haltung verbergen, die der Ansprache von Tagespresse und Parlament Priorität einräumte – und deshalb auf Stimmen aus der Bewegung kaum mehr hörte und auch die »Nestwärme« innerhalb der Bewegung, also verbindende Erfahrungen und die von Emotionalität getragenen persönlichen Beziehungen, geringschätzte.

Zumindest sah sich Lida Gustava Heymann zunehmend als Anführerin einer auserwählten kleinen Schar, die – im Gegensatz zur restlichen Stimmrechtsbewegung – den »richtigen« Weg zum Stimmrecht erkannt hatte (Gelblum 1992: 218). In privaten Briefen hatte sie schon 1906 geäußert, dass sie auf das Urteil des Fußvolks der Bewegung nichts mehr gäbe: Es sei ihr »völlig schnuppe«, wenn wegen ihrer Vorträge oder Artikel »einige Vereine abfielen [. . .]. 5 wirklich radikale Frauen sind für unsere Sache wichtiger, als 500 radikale, die es nur halb sind.« Und: »Ja, die Provinzen habe ich aufgegeben und weine ihnen keine Thräne nach, ich habe wichtigere Arbeit zu tun, [. . .] die propagandistische Arbeit . . .«¹⁸

Zieht man zur Analyse dieser Prozesse das Drei-Ebenen-Modell heran, dann wird deutlich, dass auch von der Zeitschrift »Frauenstimmrecht!« erwartet wurde, solche Debatten aufzugreifen, die auf den Foren der einfachen Öffentlichkeits Ebene verhandelt wurden. Nicht ohne Grund war der leitenden Redakteurin eine Pressekommission zur Seite gestellt worden, die sicherstellen sollte, dass unterschiedlichste Wortmeldungen (auch »unprofessionelle«) Berücksichtigung fanden. Die starke Orientierung der Verbandsspitze an massenmedialen Selektions- und Bearbeitungsregeln, d. h. die Adressierung der komplexen Öffentlichkeit, scheint

17 Clara Heinemann: Nur – Frauenstimmrecht? In: Ff. 2. Jg./Nr. 5 (August 1913), S. 100–101, S. 101.

18 Vgl. Universitätsbibliothek Rostock: Nachlass Schirmacher 992: Schreiben Lida Gustava Heymanns an Käthe Schirmacher vom 5. 9. 1906.

Teile der LeserInnenschaft irritiert zu haben. Bezeichnend ist auch, dass diejenigen Stimmrechtsaktivistinnen, die im Rampenlicht der Medien standen und PR-Arbeit sehr professionell betrieben, als gefühlskalt und männlich gebrandmarkt wurden – und damit letztlich als einer *Frauenbewegung* nicht mehr wirklich zugehörig. Jedenfalls beschloss die Generalversammlung des Stimmrechtsverbandes noch im gleichen Jahr, »die Beziehungen zwischen dem Verband und der Redaktion von ›Frauenstimmrecht‹ so zu regeln, daß die Zeitschrift in Wirklichkeit das Organ des Verbandes wird.«¹⁹ Die beiden elitären Führerinnen der Stimmrechtsbewegung, Anita Augspurg und Lida Gustava Heymann, stellten die Arbeit an »Frauenstimmrecht!« unverzüglich ein und verließen den Deutschen Verband für Frauenstimmrecht.

4.3 Fallbeispiel: »Der Weg der Frau« und die Simulierung von Bezügen zu Leserinnen

Das Wahlrecht, das Frauen 1918/1919 erhielten, wirkte sich durchaus auch auf die Landschaft politischer Frauenzeitschriften aus. Denn die politischen Parteien sahen sich veranlasst, eine neue Klientel zu gewinnen. Beim Versuch, die neuen Wählerinnen an sich zu binden, versuchten die Parteien zunächst, bekannte Frauenrechtlerinnen und die Bewegungszeitschriften für ihre Partei zu gewinnen (vgl. Frevert 2001: 167). Die Einbindung von Aktivistinnen der Frauenbewegung gelang im Wesentlichen, zahlreiche exponierte Frauenrechtlerinnen engagierten sich für unterschiedliche Parteien und wurden zuweilen auch in die Parlamente gewählt. Allerdings hatte die scheinbar reibungslose Integration von Frauenrechtlerinnen in die Parteien zur Folge, dass weitere Kontroversen in die Frauenbewegung beziehungsweise in ihre Blätter hineingetragen wurden. »Zentrifugale Tendenzen« verstärkten sich (vgl. Schaser 2006: 97–109), denn neben feministische Dispute traten nun zusätzlich parteipolitisch motivierte.

Das Mäandern zwischen Partei- und Fraueninteressen kennzeichnet auch zwei Polit-Illustrierte für Frauen, das SPD-Blatt »Frauenwelt« (1924–1933) und die im kommunistischen Münzenbergkonzern erscheinende Zeitschrift »Der Weg der Frau« (1931–1933). Diese Polit-Illustrierten für Frauen waren populärer aufgemacht als die nun ›altmodischen‹ Bewegungszeitschriften. Sie besaßen ein modernes Layout, erschienen in deutlich höheren Auflagen und erweiterten ihre Themenpalette um ›klassische Frauenthemen‹ wie z. B. Haushalt, Mode, Wohnen und menschliche Beziehungen (siehe Geiger/Weigel 1981; Wilhelms 1990). Zudem enthielten sie mehr politische Information im engeren Sinne: Ereignisse rund um

19 Adelheid von Welzeck: Die V. Generalversammlung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht in Eisenach vom 6. bis 9. Oktober 1913. In: Frauenstimmrecht!. 2. Jg./Nr. 8 (1913), S. 167–173, S. 168.

das Staats-, Regierungs- und Parteienhandeln rückten zunehmend in den Mittelpunkt, wobei – ganz im Trend der Zeit (vgl. Fulda 2006) – einseitige Kommentierungen zunahmen und politische Instruktion stärker akzentuiert wurde.

Meine These ist, dass in dem Maße, wie die Parteien politische Frauenzeitschriften auf Linie brachten bzw. hielten, die Blätter ihre Scharnier-Funktion zwischen einfacher und komplexer Öffentlichkeitsebene verloren. Die Instruktion ›von oben‹ ersetzte den Input ›von unten‹. Allerdings wurde das gut kaschiert, denn LeserInnenzuschriften spielten nach wie vor eine wichtige Rolle in diesen Blättern. Allerdings muss offen bleiben, ob es sich um echte Zuschriften handelte oder fingierte Briefe, die einen Austausch mit den LeserInnen und die Anbindung an einfache Öffentlichkeiten nur simulierten.

Die Münzenbergische Polit-Illustrierte »Der Weg der Frau« enthielt zahlreiche Versuche, die LeserInnenschaft einzubinden. Beiträge der Leserinnen – sei es in Gedichtform, als Erzählung oder als LeserInnenbrief – wurden explizit eingefordert, z. T. auch mit Preisen prämiert. Ebenso enthielt das Blatt Rubriken nur für LeserInnenzuschriften. Dennoch lassen Themen und Diktion Zweifel daran aufkommen, dass es sich bei veröffentlichten Briefen stets um authentische Zuschriften handelte.

Beispielsweise wurden oft sehr allgemein gehaltene und v. a. extrem positive Beurteilungen des »Wegs der Frau« abgedruckt, die aber weder einen konkreten thematischen Bezug hatten noch sich auf einen konkreten Artikel bezogen. Stritt man in den alten Frauenbewegungszeitschriften der Kaiserzeit noch um die Sache, so wurde nun die neue Polit-Illustrierte pauschal gelobt. Dies geschah zuweilen auch dadurch, dass das Konkurrenzblatt der SPD, die »Frauenwelt«, als grundsätzlich uninteressant und schlecht herabgesetzt wurde. D. h. die Polit-Illustrierte selbst und ihre mediale Konkurrenz standen im Mittelpunkt anstelle von Sachfragen. Und dies legt die Vermutung nahe, dass hier wohl eher die Redaktion selbst oder Propaganda-Strategen der KPD diese Zuschriften verfassten (vgl. Kinnebrock 2009: 293–294).

Ähnliches lässt auch die Dezemberrnummer des Jahres 1931 mutmaßen, in der die geplante Umstellung von einem monatlichen auf einen vierzehntägigen Erscheinungsrhythmus verkündet wurde. Just in der gleichen Nummer wurden zahlreiche Briefe von Leserinnen abgedruckt, die genau diese Umstellung forderten und zugleich konkrete Finanzierungsvorschläge machten.²⁰ D. h. letztlich übernahmen die vermeintlichen Leserinnen ungefragt die Blattmacher-Perspektive.

Der Vergleich mit den authentischen, thematisch gebundenen und zuweilen recht ›unprofessionell‹ anmutenden Briefen aus früheren Jahren lässt den Schluss

20 Vgl. »Der Weg der Frau« alle 14 Tage. In: Der Weg der Frau. 1. Jg./Nr. 8 (Dezember 1931), S. 2; Was die Leserinnen sagen. In: Der Weg der Frau. 1. Jg./Nr. 8 (Dezember 1931), S. 2.

zu, dass hier nicht Leserinnen selber um Inhalte und deren Artikulierung rangen, sondern dass eine von oben diktierte (Partei-)Linie und Diktion Hintergrund dieser Zuschriften waren. Das Aushandeln von Themen und Positionen ›von unten‹ wurde zusehends durch das Propagieren vorgefertigter Positionen zu gesetzten Themen ›von oben‹ substituiert.

Mit Blick auf das Drei-Ebenen-Modell heißt das, dass die Polit-Illustrierten ihre Funktion nicht mehr darin sahen, solche Themen und Befindlichkeiten aufzunehmen, die in einfachen Öffentlichkeiten verhandelt wurden. Vielmehr waren die Foren der komplexen Öffentlichkeit zentraler Bezugspunkt. Lag im Kaiserreich die spezifische Leistung von politischen Frauenzeitschriften noch darin, den Austausch zwischen den Foren auf einfacher, mittlerer und komplexer Öffentlichkeits-ebene zu ermöglichen – und zwar in beide Richtungen! –, scheint in der Weimarer Republik das Kommunikationspotenzial von politischen Frauenzeitschriften zunehmend in Richtung »one way«-Kommunikation reduziert worden zu sein. Allerdings, dies sei auch herausgestellt, wurde der wechselseitige Austausch zwischen Redaktion und LeserInnen zumindest noch für so wichtig gehalten, dass zumindest eine Anbindung an einfache Öffentlichkeiten mithilfe fingierter Zuschriften simuliert und dadurch das Handeln der Redaktion, besser vielleicht: die Partielinie, legitimiert wurde. Geht man allerdings davon aus, dass Authentizität und zweiseitiger Austausch unabdingbare Grundlage von Kommunikations- und Vergemeinschaftungsprozessen darstellen, dann entpuppt sich der vermeintliche Aufstieg der politischen Frauenzeitschrift von einer kleinen Bewegungspostille zu einer professionell gestalteten Polit-Illustrierten mit Massenaufgabe als ihr Niedergang.

5 RESÜMEE: POTENZIALE DES DREI-EBENEN-MODELLS

Anfangs wurde festgestellt, mit welcher Selbstverständlichkeit Frauen 1919 ihre Möglichkeiten, politisch zu partizipieren, wahrnahmen. Die Arbeit in Frauenvereinen hatte sie darin geschult, Anliegen nicht nur im rein privaten Kreis zu artikulieren, sondern auch auf den Foren der mittleren Öffentlichkeitsebene – v. a. in Bewegungszeitschriften. Und diejenigen Aktivistinnen, die die Bewegungszeitschriften maßgeblich prägten, reüssierten häufig auch als Journalistinnen in der Massenpresse. Schließlich waren ihnen die Selektions- und Verarbeitungsregeln von komplexen Öffentlichkeiten vertraut.

Auffallend ist, dass im vermeintlich undemokratischen Kaiserreich Öffentlichkeitsprozesse ›von unten‹ relativ gut funktionierten. Die einfachen Frauenöffentlichkeiten und die (schon etwas stärker strukturierten) Bewegungsöffentlichkeiten stellten leicht zugängliche und wenig hierarchisch geprägte Räume dar, in denen sich Debatten entwickeln konnten. In der Weimarer Republik hingegen kam es

vermehrt zu einer »Vermachtung« der ehemals freien Kommunikationsräume, die von politischen Frauenzeitschriften geschaffen worden waren. Interessant ist, dass auch in der Weimarer Republik an die Debattenkultur früherer Bewegungszeitschriften insofern angeknüpft wurde, als die Beteiligung der Leserinnen zumindest noch simuliert wurde. De facto orientierten sich die Parteiblätter für Frauen an den Themen der komplexen Öffentlichkeit und den durch Parteien vorgegebenen Interpretationen. Öffentlichkeitsprozesse »von unten« wurden zunehmend von Öffentlichkeitsprozessen »von oben« ersetzt – zumindest in diesem Segment des Zeitchriftenmarktes.

Für kommunikationshistorische Analysen, wie sie hier anhand dreier Fallbeispiele exemplarisch getätigt wurden, ist das Drei-Ebenen-Modell äußerst hilfreich. Es erlaubt nicht nur, die Richtung von Öffentlichkeitsprozessen festzustellen, sondern sensibilisiert zudem für ebenenspezifische Selektionskriterien und Verarbeitungsweisen, die v. a. erkennbar werden, wenn ein »falscher«, d. h. für die jeweilige Ebenen untypischer Kommunikationsmodus zum Einsatz kommt.

Und schließlich eröffnet das Drei-Ebenen-Modell neue Perspektiven für die Zeitschriftenforschung, indem es einen Weg weist, die Fixiertheit der historischen Zeitschriftenforschung auf das Medium an sich und das politische System zu überwinden. Die Öffentlichkeitsprozesse rund um Zeitschriften sind eben nicht ausschließlich auf komplexer Öffentlichkeitsebene anzusiedeln. Zeitschriften konstituieren vielmehr Gemeinschaft und fungieren als Bindeglied zwischen unterschiedlichsten Öffentlichkeitsebenen. In der Folge sind ihre Leistungspotenziale auch nicht nur entlang von (politischen) Medienfunktionen auf der Makroebene oder kognitiven Leistungen für Rezipientinnen zu beschreiben. Vielmehr ist die Vielfalt ihrer Funktionen zu berücksichtigen, seien sie nun eher im motivationalen, interaktiven oder affektiven Bereich.

6 LITERATUR

- Bohrmann, Hans/Schneider, Peter (1975): *Zeitschriftenforschung. Ein wissenschaftsgeschichtlicher Versuch*. Berlin: Volker Spieß.
- Burkart, Roland (2002): *Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft*. 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wien et al.: Böhlau.
- Chambers, Deborah/Steiner, Linda/Fleming, Carole (2004): *Women and Journalism*. London: Routledge.
- Fischer, Heinz-Dietrich (1973) (Hg.): *Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts*. Pullach bei München: Saur.
- Frevert, Ute (2001): *Frauen-Geschichte zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit*. Nachdruck der 1. Auflage [1986]. Frankfurt: Suhrkamp.

- Fulda, Bernhard (2006): Die Politik der Unpolitischen. Boulevard- und Massenpresse in den zwanziger und dreißiger Jahren. In: Frank Bösch/Norbert Frei (Hg.): *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*. Göttingen: Wallstein, S. 48–72.
- Geiger, Ruth-Esther/Weigel, Siegrid (1981): *Sind das noch Damen? Vom gelehrten Frauenzimmer-Journal zum feministischen Journalismus*. München: Frauenbuchverlag.
- Gelblum, Amira (1992): Feminism and Pacifism. The Case of Anita Augspurg and Lida Gustava Heymann. In: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 21, S. 207–225.
- Gerhard, Ute (1984): »Bis an die Wurzeln des Übels«: Rechtskämpfe und Rechtskritik der Radikalen. In: *Feministische Studien* 3(1), S. 77–97.
- Kinnebrock, Susanne (1999): »Gerechtigkeit erhöht ein Volk!?!«. Die erste deutsche Frauenbewegung, ihre Sprachrohre und die Stimmrechtsfrage. In: *Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte* 1, S. 135–172.
- Kinnebrock, Susanne (2005): *Anita Augspurg (1857–1943). Feministin und Pazifistin zwischen Journalismus und Politik. Eine kommunikationshistorische Biographie*. Herbolzheim: Centaurus.
- Kinnebrock, Susanne (2008): (Politisches) Handlungsvermögen durch die Popularisierung von Wissen? Politische Frauenzeitschriften im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. In: Johannes Raabe/Rudolf Stöber/Anna M. Theis-Berglmair/Kristina Wied (Hg.): *Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft*. Konstanz: UVK, S. 141–158.
- Kinnebrock, Susanne (2009): Politikvermittlung durch Frauenzeitschriften? Popularisierungsstrategien und Konturen frauenpolitisch aktiver Öffentlichkeiten im Wandel. In: Margreth Lünenborg (Hg.): *Politik auf dem Boulevard. Die Neuordnung der Geschlechter in der Politik der Mediengesellschaft*. Bielefeld: transcript, S. 275–301.
- Kirchner, Joachim (1966–1989) (Hg.): *Bibliographie der Zeitschriften des deutschen Sprachgebietes bis 1900* [4 Bände]. Stuttgart: Hiersemann.
- Klaus, Elisabeth (1994): Von der heimlichen Öffentlichkeit der Frauen. In: *Geschlechterverhältnisse und Politik*. Hg. v. Institut für Sozialforschung Frankfurt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 72–97.
- Klaus, Elisabeth (2009) [1999]: Öffentlichkeit als Selbstverständigungsprozess. Das Beispiel von Brent Spar. In: Ulrike Röttger (Hg.): *PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit*. 4., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, S. 47–68.
- Klaus, Elisabeth/Wischermann, Ulla (2008): Öffentlichkeit als Mehr-Ebenen-Prozess: Theoretische Überlegungen und empirische Befunde am Beispiel der Frauenbewegungen um 1900. In: *Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien* 26(3–4), S. 103–116.

- McQuail, Denis (2000): *McQuail's Mass Communication Theory*. Forth Edition. London et al.: Sage.
- Rosenbusch, Ute (1998): *Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Schaber, Will/Fabian, Walter (Hg.) (1964): *Leitartikel bewegen die Welt*. Stuttgart: Cotta.
- Schaser, Angelika (2006): *Frauenbewegung in Deutschland 1948–1933*. Darmstadt: WBG.
- Schulze, Winfried (1996): *Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte?* In: Winfried Schulze (Hg.): *Ego-Dokumente: Annäherung an den Menschen in der Geschichte?* Berlin: Akademie Verlag, S. 11–30.
- Six, Ulrike/Gleich, Uli/Gimmler, Roland (2007): *Kommunikationspsychologie*. In: Ulrike Six/Uli Gleich/Roland Gimmler (Hg.): *Kommunikationspsychologie und Medienpsychologie*. Weinheim/Basel: Beltz, S. 21–50.
- Stöber, Rudolf (2002): *Historische Zeitschriftenforschung heute*. In: Andreas Vogel/Christina Holtz-Bacha (Hg.): *Zeitschriften und Zeitschriftenforschung. Sonderheft 3/2002 der Publizistik*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 42–59.
- Wahl-Jorgensen (2007): *Newsroom culture, letter to the editor, and democracy*. Cresskill: Hampton Press.
- Wilhelms, Kerstin: *Frauenzeitschriften in der Weimarer Republik*. In: Hart und zart. *Frauenleben 1920–1970*. Berlin: Elefanten Press, S. 53–60.
- Wilke, Jürgen (2000): *Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte. Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert*. Köln u. a.: Böhlau.
- Wischermann, Ulla (1984): *Die Presse der radikalen Frauenbewegung*. In: *Feministische Studien* 3, 1, S. 39–62.
- Wischermann, Ulla (1996): *Quellen und Methoden historischer Rezeptionsforschung*. In: Gudrun Marci-Boehnecke/Petra Werner/Ulla Wischermann (Hg.): *BlickRichtungFrauen. Theorien und Methoden geschlechtsspezifischer Rezeptionsforschung*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 133–146.
- Wischermann, Ulla (1998): *Frauenpublizistik und Journalismus. Vom Vormärz bis zur Revolution von 1848*. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Wischermann, Ulla (2003): *Frauenbewegungen und Öffentlichkeiten um 1900. Netzwerke, Gegenöffentlichkeiten, Protestinszenierungen*. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer.